

LEITARTIKEL

Unsere Sicherheit ist unsere Sache

Deutschland muss sich viel mehr um seine Verteidigungsbereitschaft kümmern – auch in Litauen

Als Verteidigungsminister Boris Pistorius vor zwei Jahren seine Absicht erklärte, in Litauen eine ständige Bundeswehr-Brigade errichten zu wollen, ahnte er wohl nicht, welche Folgen dieser Schritt haben würde. Fast zwei Jahre später ist klarer denn je: Der Staat im Baltikum könnte jener Ort sein, an dem deutsche Soldaten wieder aktiv in Kampfhandlungen mit russischen Truppen verwickelt werden. Die Lage ist ungeheuer ernst.

Da ist zunächst der gescheiterte Versuch der großen europäischen Staaten, US-Präsident Donald Trump in eine Front gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin einzubinden. Diesem Versuch diente die Reise, die Kanzler Friedrich Merz, Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, Großbritanniens Premier Keir Starmer und Polens Ministerpräsident Donald Tusk jüngst in die ukrainische Hauptstadt Kiew antraten. Nun zeigt sich: Trump lässt sich nicht einbinden. Er lässt die Europäer wie befürchtet im Regen

Die US-Truppen in Europa werden in nennenswertem Umfang reduziert werden

stehen – und wohl bald auch die Ukraine. Deren Schicksal hängt aller Voraussicht nach allein von den Europäern ab. Das dürfte Putins Entscheidung, den Krieg für sich zu entscheiden, nur steigern.

Der Vorstoß war nicht falsch. Es war vielmehr richtig, dass die vier zentraleuropäischen Staaten kraftvoll die diplomatische Initiative an sich gezogen und noch dem Dämmsten verdeutlicht haben, dass Putin keinen Frieden will – es sei denn, zu seinen Bedingungen.

Allerdings ist Merz schon kurz nach seiner Amtsübernahme an außenpolitische Grenzen gestoßen. Das dürfte ihm eine Lehre sein. Wünsche sind in diesen Zeiten das eine, die Realitäten sind etwas ganz anderes. Der Spielraum dazwischen ist minimal.

MARKUS DECKER
ksta-politik@kstamedien.de

Hinzu kommt, dass die Europäer mit einer nennenswerten Reduzierung amerikanischer Truppen auf ihrem Kontinent rechnen müssen. In Berlin heißt es zwar, dies werde erst nach dem Nato-Gipfel im Juni kommuniziert. Doch gilt die geplante Reduzierung längst als offenes Geheimnis. Auch hier werden die Europäer selbst die Lücken füllen müssen. Der Aufwand wird beträchtlich sein. Der Erfolg ist nicht garantiert.

Trump's zuverlässige Unzuverlässigkeit könnte Putin schließlich ermuntern, über die Ukraine hinauszugreifen und die Solidarität der Nato-Staaten zu testen. Das wiederum könnte just in jenem Land geschehen, das Kanzler Friedrich Merz und Pistorius am Donnerstag besuchten: in Litauen.

Die politischen Konsequenzen liegen auf der Hand. Und sie sind vor allem mentaler Natur. Die Deutschen müssen begreifen, dass Sicherheit mehr denn je ihre ureigste Angelegenheit ist. Der Verteidigungsminister arbeitet seit einiger Zeit darauf hin, dieses Ziel zu erreichen. Er hat dafür die vielfach kritisierte Vokabel „kriegstüchtig“ erstanden. Der Kanzler hat vor ein paar Tagen nachgelegt, als er versprach, die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Armee Europas zu machen. Die Frage ist, ob die Mehrheit der Deutschen das hören will. Der Lackmустest wird jener Neue Wehrdienst sein, der bald kommen soll und ein Pflichtelement enthalten wird für den Fall, dass sich nicht genügend Freiwillige finden.

Ob gerade die Jungen, die mit unsicherer Altersversorgung und verheerendem Klimawandel auch ohne Wehrpflicht ein Päckchen zu tragen haben, da mitmachen, ist offen. Gleiches gilt für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die bereits zu Zeiten der Ampel-Koalition nicht wollte wie Pistorius. Da könnte ein größerer Konflikt ins Haus stehen.

Deutschland steht ein Sommer der Wahrheit bevor. In Litauen, das jahrzehntelang unter russischer Herrschaft stand, kennen sie die Wahrheit. Dort begrüßen sie die Deutschen mit wehenden Fahnen.

KOMMENTAR

Bitte keine Saalschlacht!

Bundestag verweigert der AfD größeren Raum

Die AfD ist keine normale Partei. Sie sieht die politischen Mitbewerber nicht als Konkurrenten, sondern als Feinde. Sie will die liberale Demokratie aushöhlen, Minderheitenrechte abschaffen – und nicht wenige ihrer Vertreter reden ganz offen von „Machtübernahme“ und dem Sturz des Systems.

Aber die Partei ist von mehr als 20 Prozent der Wählerinnen und Wähler mit 151 Abgeordneten in den Bundestag entsandt worden. Und

Die AfD nutzt die Gelegenheit zu einer weiteren Opferinszenierung

diese Abgeordneten müssen vom Bundestag entsprechend ausgestattet werden. Sie müssen sich auch in einem angemessenen Raum zu Fraktionssitzungen treffen können.

Die SPD hat 16 Prozent und 120 Mandate bekommen, ist damit nur noch drittstärkste Fraktion – und will dennoch den zweitgrößten Sit-

zungssaal im Bundestag behalten. Am Donnerstag hat der Ältestenrat darüber abgestimmt, die Mehrheit gegen die AfD stand. Die anderen Fraktionen scheinen zu glauben, dass ihnen alles hilft, was der AfD schadet.

Die Sozialdemokraten haben eine ganze Reihe an Argumenten vorgebracht, warum ihren Abgeordneten 3,9 Quadratmeter pro Person zustehen sollten und den AfD-Vertretern nur 1,7 Quadratmeter. Stichhaltig war kein einziges. Weil der Saal nach dem früheren Parteivorsitzenden Otto Wels benannt ist, einem Säulenheiligen der SPD wegen seines Kampfs gegen die Nazis? Der Name ließe sich mitnehmen. Weil man als Regierungspartei Platz für Ministerbesuche braucht? Es kommt bestimmt nicht das ganze Kabinett auf einmal. Weil man neben dem Koalitionspartner Union tagen will? So innig ist das Verhältnis nun auch wieder nicht. Die AfD hat die Gelegenheit zu einer weiteren Opferinszenierung dankend genutzt. Für den Umgang mit ihr sollte gelten: Keine Annäherung, keine Normalisierung, keine Zusammenarbeit. Aber bitte auch keine Saalschlacht!

JAN STERNBERG
ksta-politik@kstamedien.de

DEUTSCHE ZUSTÄNDE

Was gegen drohende Entzweiung hilft

Zusammenhalt und Vertrauen gehen der Gesellschaft zunehmend verloren – Fünf Faktoren lassen Verbundenheit entstehen und wachsen

Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist bedroht. Immer mehr Menschen in Deutschland erleben einen Verlust von Verbundenheit – mit der Gesellschaft, der Politik und mit Menschen außerhalb des eigenen Nahbereichs. 87 Prozent nehmen eine wachsende Trennung und Vereinzelung in der Gesellschaft wahr, die sie besorgt. 2023 waren es 83 Prozent. Sogar 89 Prozent stimmen der These zu, dass unsere Gesellschaft gespalten und ein gemeinsames Wir-Gefühl verloren gegangen sei. Und nur noch 9 Prozent der Deutschen glauben, dass sich das Gemeinschaftsgefühl in den nächsten zehn Jahren wieder verbessern wird. (2023: 17 Prozent).

Das sind zentrale Erkenntnisse einer Studie zur Verbundenheit, die das „rheingold“-Institut im Auftrag der Düsseldorfer Stiftung für Philosophie „Identity Foundation“ durchgeführt hat. Alarmierend ist auch der Vertrauensverlust in die Politik und die öffentlich-rechtlichen Medien, die ja eine gemeinsame Perspektive schaffen sollen. Nur noch 47 Prozent der Bevölkerung geben an, dass sie Vertrauen in das Nachrichtenangebot der öffentlich-rechtlichen Sender haben. Und nur noch 34 Prozent der Menschen vertrauen den demokratischen Institutionen. Die Krise der Verbundenheit ist vor allem in einer gewachsenen Selbstbezüglichkeit begründet. Krisenbedingte ziehen sich viele Menschen ins private Schneckenhaus zurück, geleitet auch von einem Mangel an Sicherheitsgefühl – bei der Bewegung im öffentlichen Raum ebenso wie im Hinblick auf politische und soziale Fragen.

Auch im Digitalen kommt es zunehmend zu sozialen Bollwerken: Die Gemeinschaften im Netz werden immer hermetischer und bilden eine Wagenburg-Mentalität aus. Menschen aus dem sozialen Umfeld, die anstrengend oder anderer Meinung sind, werden oft aussortiert und gemieden. 84 Prozent der Befragten stimmen zu, dass Menschen mit unterschiedlichen Meinungen kaum noch aufeinander zugehen. Für eine Demokratie, die auf die Fähigkeit zum Gespräch und zum Perspektivwechsel baut, ist diese Entwicklung besorgniserregend.

Der Krise der Verbundenheit zum Trotz gibt es eine starke Sehnsucht nach einem verbindenden Miteinander. 95 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass wir angesichts der weltpolitischen Lage wieder mehr Zusammenhalt in Deutschland bräuchten. Und 77 Prozent wünschen sich mehr echte Gemeinschaftserlebnisse – auch mit Menschen, die anders denken als sie.

Verbundenheit und gute Beziehungen zu den Mitmenschen steigern Zuversicht und Zufriedenheit, haben positive Wirkungen auf die seelische und körperliche Gesund-

STEPHAN GRÜNEWALD
ist Geschäftsführer des Kölner „rheingold“-Instituts für tiefenpsychologische Marktforschung. In seiner Kolumne befasst er sich aus psychologischer Sicht mit gesellschaftlich relevanten Themen

heit. Gelingende Verbundenheit bemisst sich am Gefühl eines großen, universellen Aufgehobenseins in der freichem Sinne.

Erstens: Verbundenheit vermittelt ein Gefühl umfassender Geborgenheit. Man empfindet sich als wohlbehütet in seiner Partnerschaft oder in größeren Gemeinschaften und hat das Gefühl, sich fallen lassen zu können. **Zweitens:** Verbundenheit vermittelt ein stolzes Gefühl von Erhabenheit, Größe und Erhöhung. Im Zusammenwachsen mit anderen wächst der Einzelne über sich hinaus und sieht sich als Teil eines übergreifenden Gebildes. Dieses Ganze der Verbundenheit in einer Gruppe ist dann mehr als die Summe ihrer Mitglieder. **Drittens:** Verbundenheit vermittelt ein Gefühl der Nivellierung. Ich-Grenzen und Eigenverantwortungen werden aufgehoben beziehungsweise aufgegeben und lösen sich auf. Das Gefühl des Abgegrenzt und Alleinseins weicht einem Gefühl der Gleichheit und Gleichberechtigung.

Entbindung und Entwicklung

Verbundenheit kann nicht erzwungen werden, sondern kann nur entstehen, wenn man im Grundsatz auch bereit ist, sich wieder voneinander zu lösen. Je stärker man den anderen auf eine Bindung verpflichtet, desto mehr Loslösungstendenzen entstehen auf der anderen Seite. Gemeinschaft sollte immer offen bleiben für Entbindung und Entwicklung, für Emanzipation und Neugestaltung. Dysfunktionale Liebesbeziehungen oder auch diktatorische Regime versuchen dagegen, Verbundenheit zu zementieren. Sie verlangen absolute Loyalität. Solche Zwangsverbundenheit ermöglicht keine organische Entwicklung. Sie vermag sich eine Zeit lang mithilfe von „Zuckerbrot und Peitsche“ zu stabilisieren, sie belohnt die Treuen und straft oder verurteilt die Abtrünnigen. Aber darin ist auch schon der Keim der Abweichung, der Loslösung, der Rebellion angelegt, und das System braucht viel destruktive Energie, um sich dagegen abzusichern und seinen Bestand zu zementieren. Eine lebendige Verbundenheit lässt hingegen Raum zur Entwicklung, ist bereit, sich zu hinterfragen und neue Formen der Gemeinsamkeit wachsen zu lassen.

Sicherer Rahmen

Grundvoraussetzung ist das Vertrauen in einen sicheren Rahmen. Daraus entsteht das Gefühl, sich frei und geschützt bewegen und seine Meinung offen äußern zu können. Das gilt für das private Gespräch wie für die Kommunikation im öffentlichen Raum. Regelwerke, Gewaltfreiheit, Transparenz und Respekt schaffen solch einen sicheren Rahmen. Unsicherheit, Dunkelheit, das Fehlen von Ordnungskräften untergraben hingegen das Vertrauen.

Sich öffnen

Wer sich öffnet und Vertrauen schenkt, erzeugt auch Vertrauen beim Gegenüber. Wer stets hermetisch verschlossen ist und alles besser zu wissen glaubt, kann sich nicht in andere einfühlen und findet auch keinen Zugang zu sich selbst. Wer sich öffnet, macht sich greifbar, aber auch angreifbar. Er riskiert Verletzungen und Enttäuschungen, anerkennt dabei aber zugleich die eigenen Schwächen, Zweifel, Fehler, Unvollkommenheiten und Erregungsnotwendigkeiten.

Resonanz – gegenseitiges Sich-Einbringen

Wer sich öffnet, kann in eine Resonanzbeziehung mit anderen treten, die ein gegenseitiges Sich-Einbringen ermöglicht. Wichtig dabei ist es, in der Kommunikation nicht nur zu senden, sondern auch wirklich zuzuhören, sich auf den anderen mit seinen Auffassungen, Haltungen einzulassen und zu versuchen, diese aus dessen Perspektive zu verstehen. So kann ein lebendiger Austausch entstehen – ein verbindender Resonanzraum beziehungsweise eine gemeinsame Resonanz-Dialektik. Wie bei einem Jazz-Ensemble ist jeder Beteiligte mal tonangebend, bietet seine Melodie an, die ein anderer aufgreift und die man dann gemeinsam weiterführt.

Gemeinsames Ziel

Ein geteiltes Ziel schafft eine gemeinsame Richtung. Verbundenheit braucht daher den Einzelnen übergreifende Ziele, Herausforderungen, Visionen oder ein gemeinsames Schicksal. So entsteht eine klare und im doppelten Sinne verbindliche Ausrichtung. Geteilte Aufgaben, gemeinsam durchlebte Geschehnisse mit allen Höhen und Tiefen vertiefen das Vertrauen und das Wir-Gefühl.

Für die Untersuchung wurden 32 zweistündige Tiefen-Interviews geführt. Hinzukam eine repräsentative Online-Erhebung mit 1009 Befragten. Weiterführende Informationen: www.rheingold-marktforschung.de

PRESSESCHAU

Teenager bildeten eine rechtsradikale Terrorzelle

Frankfurter Allgemeine

Der Schlag der Ermittler gegen eine mutmaßliche rechtsextreme Terrorzelle bestätigt die Einschätzung des neuen Bundesinnenministers über die Gefahrenlage im Land. Einen Tag vor der Festnahme von fünf Tatverdächtigen durch den Generalbundesanwalt hatte Alexander Dobrindt bei der Vorstellung der Jahresstatistik der politisch motivierten Straftaten den Rechtsextremismus als die „größte Gefährdung für die Demokratie“ in Deutschland benannt. (...) Fast 14 Jahre nach dem Ende der rechtsextremen Mordbande NSU sind es nun nicht mehr junge Erwachsene, sondern Teenager zwischen 14 und 18, die als Neonazi-Truppe „Letzte Verteidigungswelle“ mit Anschlägen gegen Migranten und Linke das demokratische System der Bundesrepublik zum Einsturz bringewollten.

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

HEIDELBERG Dass Kinder sich radikalalisieren, ist kein neues Phänomen. Sie sind oft naiv und leicht manipulierbar. Natürlich funktioniert das besonders gut über verdächtige Kanäle wie Tiktok, X oder auch Facebook. „Social Media“ (...) ist nachweislich ein Verstärker für üble Nachrede und Verächtlichmachung. Doch es gibt ja noch das wirkliche Leben, die Eltern, die Freunde, die Schule. Wenn die analogen Frühwarnsysteme versagen, dann hat das auch etwas damit zu tun, dass der gesellschaftliche Diskurs in den letzten Jahren gehörig nach rechts außen verschoben worden ist. Und da passt dann auch die politische Verharmlosung der rechtsextremistischen AfD dazu. Was muss denn noch passieren

LAUSITZER RUNDSCHAU

COTTBUS Auch der mordbereite Islamist dient den Nazis als Rechtfertigung für ihren Terrorismus. Es gilt, die Islamisten rechtzeitig zu stoppen. Das gelingt mit Sicherheit besser, wenn der Staat das Vertrauen der Migranten hat. Weil jedoch der Staat und seine Institutionen von immer größeren Gruppen auch der deutschen Staatsbürger abgelehnt werden, gedeiht der Rechtsterrorismus. Gerade deswegen muss den Islamisten das Messer rechtzeitig aus der Hand geschlagen werden. Es geht um Sicherheit – egal, woher die Gefahr kommt.

KÖLN
STADT-ANZEIGER
MEDIEN
Ein DuMont Unternehmen

KÖLN
STADT-ANZEIGER
Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont f. Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont.
Chefredakteur: Gerald Selch.
Stellvertreter des Chefredakteurs: Christian Hümmler, Stellvertretende Chefredakteur: Dr. Sarah Brasack.
Leitende Redakteure: Wolfgang Wagner (Politik), Gerhard Voigt (Landespolitik).
Chefredakteur: Joachim Frank.
Region: Michael Greuel.
Köln: Kendra Stenzel; NRW/Story: Maria Dohmen; Wirtschaft: Hendrik Geisler; Sport: Christian Lier; Kultur: Anne Burgmer; Chefredakteur: Tim Attenberger (Köln), Peter Berger, Thorsten Breikopf (Wirtschaft), Lena Heising, Matthias Hendorf (Köln), Claudia Lehnen, Detlef Schmalenberg, Lars Werner (Sport).
Chefvom Dienst: Nicolas Krizsak.
Produktionssteuerung: Florian Summerer; Zeitungsproduktion: Julian Preuten.
Alle verantwortlich und wohnhaft in Köln.
Hauptstadtbüro: Eva Quadbeck (Ltg.); RND Berlin GmbH.
Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Susanne Ebner; Washington: Karl Doemmes; Brüssel: Sven Christian Schulz; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhler; Rio de Janeiro: Tobias Käufer.
Nachrichtengeneratoren: dpa, afp, sid, kna
E-Mail-Redaktion: ksta-redaktion@kstamedien.de
Fax-Redaktion: 0221 / 224 2524.
Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG – ein Unternehmen der Kölner Stadt-Anzeiger Medien, Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln.
Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05.
Geschäftsführung: Regine Runke, Christian Hümmler. Das Bezugsgeld enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung.
Gültig: Anzeigenpreisliste Nr. 27 vom 1. Januar 2025 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.
Druck: Mittelrhein-Verlag GmbH, Mittelrheinstr. 2-4, 56072 Koblenz.
Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.
Abonnenten-Service
Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-23 32
E-Mail: abo-kundenservice@tageszeitung.koeln
Anzeigen-Service
Verantwortlich: Oliver Siegert.
Tel. 0221 / 92586410, Fax 0221 / 224-24 91
E-Mail: anzeigen@tageszeitung.koeln
Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt
Köln Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de